

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2817

der Abgeordneten Isabell Hiekel (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drucksache 7/7761

Einsatz von Pflanzenschutzmitteln an Gewässerrandstreifen

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Im Rahmen der parlamentarischen und öffentlichen Diskussion rund um den Insektendialog und das Brandenburgische Insektenschutzgesetz gibt es den Bedarf Zahlen und Fakten mit Blick auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln an Gewässern transparent und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Laut Landesbericht Brandenburg zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie von 2016 befinden sich nur 6 Prozent der Fließgewässer in einem guten ökologischen Zustand im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Von den 190 berichtspflichtigen Seen werden 10 Prozent als gut und 2 Prozent als sehr gut hinsichtlich des ökologischen Zustands eingestuft. Diese Bilanz ist besorgniserregend, denn Gewässer in Brandenburg sind Lebensraum für Wasserpflanzen und Fische, Laichgewässer für Kröten und Frösche und Kinderstube für Insektenarten wie beispielsweise Köcherfliegen oder Libellen. Eine zentrale Ursache für den ungenügenden Zustand von Oberflächengewässern sind Stoffeinträge. Hierzu zählt auch der Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln aus der Landwirtschaft. Pflanzenschutzmittel und Düngemittel gelangen über Verwehungen, Abschwemmung und Erosion in ackernahe Gewässer. Eine wirksame Gegenmaßnahme sind Gewässerrandstreifen, die als Pufferzonen den Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln in Gewässer wirksam verhindern.

Die fünfte Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV) gilt seit dem 8. September 2021. Gemäß § 4a Abs. 1 PflSchAnwV ist die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in einem Abstand von 10 Metern zum Gewässer nicht zulässig. Der Mindestabstand reduziert sich auf 5 Meter, wenn eine geschlossene, ganzjährig begrünte Pflanzendecke vorhanden ist. Gewässer in diesem Sinne sind alle fließenden und stehenden Gewässer, die ständig oder periodisch wasserführend sind, mit Ausnahme von kleinen Gewässern mit wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung.

Laut Pflanzenschutzdienst des Landes handelt es sich in Brandenburg dabei um Gewässer, die von den Bestimmungen des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) ausgenommen sind. Gemäß Paragraph 1 Absatz 4 des Brandenburgischen Wassergesetzes sind das:

1. Gräben, die der Be- oder Entwässerung nur eines Grundstückes dienen;
2. Straßen- und Eisenbahnseitengräben, wenn sie nicht der Be- oder Entwässerung der Grundstücke anderer Eigentümer zu dienen bestimmt sind;
3. Grundstücksflächen, die ausschließlich zur Fischzucht oder Fischhaltung oder zu anderen, nicht wasserwirtschaftlichen Zwecken mit Wasser bespannt werden und mit einem oberirdischen Gewässer nicht oder nur zeitweise künstlich verbunden sind.

Außerdem legt § 38a Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) fest, dass auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, die innerhalb eines Abstandes von 20 Metern zum Gewässer eine Hangneigung von durchschnittlich 5 Prozent aufweisen, innerhalb eines Abstandes von 5 Metern zum Gewässer eine geschlossene, ganzjährig begrünte Pflanzendecke erhalten oder hergestellt werden muss.

Umfang der Kulisse

Vorbemerkung der Landesregierung: Aktuell sind im Land Brandenburg 193 Seewasserkörper (SWK) und 1.369 Fließgewässer-Wasserkörper (FWK) mit einer ungefähren Länge von 10.140 Kilometern ausgewiesen. 158 SWK (82 %) erreichen keinen sehr guten oder guten Zustand bzw. kein höchstes oder hohes ökologisches Potenzial. Nur 6,2 Prozent der FWK erreichen aktuell das Ziel des guten oder sehr guten ökologischen Zustands beziehungsweise guten ökologischen Potenzials. Durch die neuen ab 2023 geltenden Regeln im Bereich der Agrarförderung ist an Gewässerrändern grundsätzlich ein Pufferstreifen von 3 m einzuhalten, in dem keinerlei Pflanzenschutz- und Düngemittel ausgebracht werden dürfen. Die Kulisse umfasst alle Gewässer nach Maßgabe des Brandenburgischen Wasserhaushaltsgesetzes, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer landwirtschaftlichen Fläche (Landschaftselemente sind einbezogen) stehen.

1. Von welcher Länge der für die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV) relevanten Fließgewässer in Brandenburg geht die Landesregierung aus und wie viel Strecke davon ist landwirtschaftlich beeinflusst?

Zu Frage 1: Konkrete Längenangaben zu Fließgewässern, an denen landwirtschaftliche Nutzflächen gelegen sind, für die § 4a Absatz 1 PflSchAnwV relevant ist, liegen der Landesregierung nicht vor und können in der für die Beantwortung der Kleinen Anfrage gegebenen Zeit nicht ermittelt werden.

2. Gibt es eine Vorgabe für Gewässerrandstreifen, in denen eine ackerbauliche Nutzung nicht zulässig ist?

Zu Frage 2: Bundesrechtlich ist die Umwandlung von Grünland in Ackerland im Gewässerrandstreifen verboten (§ 38 Absatz 4 Nummer 1 Wasserhaushaltsgesetz - WHG). Ebenso ist bundesrechtlich die Umwandlung von Grünland in Ackerland und die Umwandlung von Auwald in Ackerland verboten (§ 78a Absatz 1 Nummern 7 und 8 WHG). Teilweise enthalten Trinkwasserschutzgebiete Ausbringungsverbote für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte.

Gemäß § 38a WHG ist auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, die an Gewässer angrenzen und innerhalb eines Abstandes von 20 Metern zur Böschungsoberkante eine Hangneigung zum Gewässer von durchschnittlich mindestens 5 Prozent aufweisen, innerhalb eines Abstandes von 5 Metern landseits zur Böschungsoberkante des Gewässers eine geschlossene, ganzjährig begrünte Pflanzendecke zu erhalten oder herzustellen.

Bundesrechtlich ist zudem gemäß § 4 Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverordnung (PflAnwV) die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Gebieten mit Bedeutung für den Naturschutz verboten. Gemäß § 4a PflAnwV ist die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Gewässerrandstreifen bis 10 Metern verboten; sofern eine geschlossene Pflanzendecke vorhanden ist, beträgt der Abstand 5 Meter. Düngerechtliche Verbote für die Anwendung von Düngemitteln an Gewässerrandstreifen enthalten § 5 Absätze 2 und 3 Düngeverordnung (DüV) sowie § 13a Düngeverordnung in Verbindung mit der Brandenburgischen Düngeverordnung. In der GAP-Konditionalitäten-Verordnung werden auf Gewässerrandstreifen bezogene Bestimmungen im Rahmen der GLÖZ 4 geregelt (s. Antwort auf Frage 4).

Gemäß § 30a Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist die Ausbringung von Biozidprodukten grundsätzlich außerhalb geschlossener Räume in Naturschutzgebieten, Nationalparks, Nationalen Naturmonumenten, Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten, Naturdenkmälern sowie in gesetzlich geschützten Biotopen verboten. Das Verbot bezieht sich ggf. auch auf Gewässer und deren Randstreifen. Es umfasst den flächigen Einsatz von Biozidprodukten der Produktart 18 (Insektizide, Akarizide und Produkte gegen andere Arthropoden) des Anhangs V der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten sowie das Auftragen von Biozidprodukten der Produktart 8 (Holzschutzmittel) des Anhangs V der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 durch Spritzen oder Sprühen.

Anwendung des rechtlichen Rahmens

3. Welche Erfahrungen liegen der Landesregierung bisher im Hinblick auf die Anwendung des § 4a PflSchAnwV vor?

Zu Frage 3: Die Regelungen der PflSchAnwV wurden den Landwirten unmittelbar nach Veröffentlichung bekannt gegeben. Dazu zählen auch die Vorschriften, die sich aus § 4a PflSchAnwV ergeben. Hierzu wurde seit September 2021 im Rahmen von Warndiensthinweisen, gesonderten Informationsveranstaltungen sowie Winterschulungen für Landwirte und Gärtner umfassend informiert. Das schließt Auslegungshinweise sowie Hinweise und Empfehlungen für die praktische Umsetzung ein.

§ 4a Abs. 2 PflSchAnwV eröffnet die Möglichkeit der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen durch die zuständige Behörde, mit der im Einzelfall geringere Gewässerabstände bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Nachbarschaft von Oberflächengewässern festgesetzt werden können. Es gab diesbezüglich Nachfragen, bislang wurde jedoch noch keine solche Ausnahmegenehmigung erteilt.

4. Welche zusätzlichen Regelungen enthält die neue GAP für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Gewässerrandstreifen?

Zu Frage 4: Die neue Konditionalität setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen, den Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) sowie den Standards für einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standards). Die GLÖZ-Standards sollen verstärkt zum Klimaschutz, zur Anpassung an den Klimawandel, zur Bewältigung von Problemen im Bereich Wasser, zum Schutz des Bodens sowie der Bodenqualität und zur Stärkung der Biodiversität beitragen.

Der GLÖZ-Standard 4 regelt die Schaffung von Pufferstreifen in einer Breite von 3 Metern entlang von Wasserläufen. Er dient dem Gewässerschutz und soll dazu beitragen, die Eintragungen von Pflanzenschutz- und Düngemitteln oder ähnlichen Stoffen zu vermindern und zu verhindern.

5. Welche Stellung hat § 77a Abs. 1 und Abs. 2 des Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) im Vergleich zu den Regelungen in § 4a PflSchAnwV und § 38a WHG?

Zu Frage 5: § 4a PflAnwV und § 38a WHG enthalten unmittelbar geltende bundesrechtliche Verbote bzw. Gebote. Die Regelung des § 77a Abs. 1 BbgWG enthält eine Verordnungsermächtigung für die oberste Wasserbehörde (MLUK). § 77a Absatz 2 BbgWG regelt einen Vorrang von Kooperationen, bevor von der Ermächtigung Gebrauch gemacht wird.

6. § 77a des BbgWG ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Festlegung von Gewässerrandstreifen durch Rechtsverordnung mit dem Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln. Wie viele Rechtsverordnungen sind auf dieser Rechtsgrundlage erlassen worden und wie viele Kilometer Fließgewässer werden damit vor dem Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln geschützt?

Zu Frage 6: Es ist bislang keine Rechtsverordnung gemäß § 77a BbgWG erlassen worden. Im Rahmen der Diskussionen zum Umgang mit den Volksinitiativen zum Insektenschutz wurde im Landtag in den letzten Jahren intensiv auch über eine Änderung des § 77a BbgWG im Hinblick auf ein unmittelbares Verbot für das Aufbringen von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln in Gewässerrandstreifen diskutiert. Bei einer solchen Regelung bestünde die Notwendigkeit des Erlasses von Rechtsverordnungen gemäß § 77 a BbgWG nicht. Die Notwendigkeit des Erlasses einer oder mehrerer Rechtsverordnungen wird derzeit im MLUK geprüft.

Monitoring des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln an Gewässerrandstreifen

7. Mit welchen Methoden überprüft der Pflanzenschutzdienst des Landes die Einhaltung des Verbots der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb des 10 Meter-Streifens? Werden bei Bedarf auch Bodenproben oder Wasserproben entnommen und wie oft ist dies seit Änderung der PflSchAnwV passiert?

Zu Frage 7: Die Kontrolle erfolgt in Anlehnung an die langjährig durchgeführten Kontrollen zu Anwendungsbestimmungen zum Schutz von Oberflächengewässern. Zur Feststellung der Einhaltung von Gewässerabständen werden nach erfolgter Pflanzenschutzmittelanwendung Boden- oder Pflanzenproben aus dem unbehandelten Randstreifen entnommen und äquivalenten Proben aus der Behandlungsfläche gegenübergestellt. Wasserproben werden dafür nicht verwendet.

8. Zu wie vielen Verstößen gegen die Einhaltung des Verbots der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln an Gewässerrandstreifen kam es innerhalb der letzten 10 Jahre (möglichst mit Angabe des Landkreises und Angaben zum Verstoß)? Wie werden die Verstöße geahndet? Gab es Betriebe, die wiederholt gegen die Regelungen verstoßen haben?

Zu Frage 8: Verstöße gegen das Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in und unmittelbar an Oberflächengewässern werden nicht gesondert statistisch erfasst. Hilfsweise werden in der Tabelle die festgestellten Verstöße gegen Anwendungsbestimmungen genannt. Hier sind auch Verstöße gegen andere Anwendungsbestimmungen enthalten, etwa zum Schutz terrestrischer Saumbiotope. In der Mehrzahl handelt es sich jedoch um Verstöße gegen Anwendungsbestimmungen zum Schutz von Oberflächengewässern vor Abdrift und Abschwemmung.

Eine Aufschlüsselung nach Landkreisen ist aufgrund der kurzen Frist zur Beantwortung nicht möglich.

Kontrolljahr	Anzahl festgestellter Verstöße
2011	4
2012	3
2013	6
2014	2
2015	7
2016	6
2017	4
2018	1
2019	5
2020	2
2021	1
2022	0

Wiederholte Verstöße gegen dieselben Regelungen kamen nicht vor. Verstöße gegen die Regelungen des § 4a PflSchAnwV werden ebenso wie Verstöße gegen Anwendungsbestimmungen zum Schutz von Oberflächengewässern sowohl ordnungsrechtlich (Bußgeld gegen den Anwender) als auch förderrechtlich (Kürzung der Betriebsprämie) geahndet.

9. Mit wie vielen Personalstellen ist der Pflanzenschutzdienst des Landes für die Beratung der Landwirte und Überwachung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ausgestattet?

Zu Frage 9: Das Referat P2 - Risikomanagement, Kontrollwesen des LELF ist derzeit mit 13 Personalstellen ausgestattet. Die Mehrzahl der Kontrollen wird durch 6 Beschäftigte im Außendienst erbracht.

Im Referat P3 - Integrierter Pflanzenschutz, liegt der Schwerpunkt der Beratung der Landwirte und Gärtner zum Thema Pflanzenschutz. Dort sind derzeit 22 Beschäftigte tätig, davon im Außendienst 7 für den Ackerbau und 5 für den Gartenbau.

Zusätzlich werden Landwirte und Gärtner durch einen Teil des Referates P1 - Grundsatz und Versuchswesen, über neue Erkenntnisse informiert und die Sachkunde der Anwender geprüft. Das Referat umfasst insgesamt 10 Beschäftigte.

10. Welche Behörde ist für die Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben des § 38a WHG zuständig?

Zu Frage 10: Die Überprüfung der Einhaltung des § 38a WHG fällt in den Zuständigkeitsbereich der unteren Wasserbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Hilfestellungen für die Landwirtschaft

11. Der Landwirt muss beurteilen, ob seine Landwirtschaftsfläche die in § 38a WHG genannte Hangneigung aufweist. Welche Hilfestellung allgemein und für den konkreten Anwendungsfall gibt es für Landwirte, damit sie beurteilen können, ob ihre Ackerfläche vom Anwendungsbereich des § 38a WHG betroffen ist?

Zu Frage 11: Die Hangneigungswerte an der Gewässerbemessungsgrenze wurden veröffentlicht und sind unter folgender Adresse abrufbar:
<https://maps.brandenburg.de/apps/Feldblockkataster/>